

Kulturfragen im Reichstage.

(Druckabdruck unter Berliner Schriftleitung)

von welcher einschneidender Bedeutung die Entwicklung der deutschen Hochseeflotte für die allmähliche Besserung unserer notleidenden Baluten ist. Die Peranisation der notwendigen Hochseeflotte und Lebensmittel wird indes nicht nur verweigert, sondern auch in der Planung und Ausführung ihres Baues erheblich gehindert, wenn wir dabei nicht auf die Erträge der ausländischen Schiffe angewiesen sind, sondern völlig selbständig auf Grund eines hinreichend eigenen Schiffsbaus disponieren können.

Die Verpflichtung der Flotte zum Aufbau von einem Drittel der verlorenen Tonnage ist unbedingt, d. h. sie muß auch dann erfüllt werden, wenn sich infolge besonders ungünstiger Verhältnisse im Schiffbau die vom Reich bewilligte Summe für den erhabenen Zweck als zu gering erweisen sollte. In diesem Falle sind die Flottengebeten, den Zuschuß auf ihr eigenes Konto zu übernehmen. Sollte aber umgekehrt die Lage des Schiffbaues sich so günstig gestalten, daß die Reichsmittel für den Bau der Flotte überflüssig sind, so müssen die Flottengebeten die Hälfte des erzielten Überschusses herausschütten, um mehr als die Hälfte des ursprünglichen Schiffbaues herzustellen. Der Kern des Abkommens besteht nach alledem darin, daß die Flotte auf die Wiedergewinnung eines vollen Schadensersatzes verzichtet und sich mit dem Ersatz eines Drittels oder bestenfalls der Hälfte ihres früheren Bestandes an Tonnage begnügt, demnach 50 oder 66 2/3 v. d. H. ihres Verlustes auf eigene Rechnung übernehmen. Bei der Wiedergewinnung der vereinbarten Tonnage darf auch der soziale Gesichtspunkt nicht außer Betracht gelassen werden, daß der Verlust der Flotte auf die deutsche Wirtschaft hinaus Vorn und Brot verunreinigt und den deutschen Seemann, die sonst größtenteils hoch fleißig und fleißig arbeitend, ermöglicht wird. Alle diese Gründe sind so einleuchtend und haben im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Bedeutung einer blühenden deutschen Schiffahrt ein so überzeugendes Bild von der Notwendigkeit einer weitestgehenden Wiedergewinnung der Tonnage vorzulegen, daß der Reichstag die Abkomme einstimmig annahm, indem er dem Reichstag zustimmte. Zu bemerken ist noch, daß im Interesse einer gerechten Berücksichtigung der binnenländischen Industrie beim Wiederaufbau der Handelsflotte eine entsprechende Verzinsung der Einzahlungen in der Reichsbank-Treuhandkassensatzung vorgesehen ist. Die noch dieser Richtung angehenden Sicherungsmöglichkeiten werden allerdings von dem Vertreter der deutschen Regierung im Reichstag nicht ganz genügend beachtet; sie legen jedenfalls, um politischem reden zu können, Einfluß und guten Willen auf Seiten der Flotten- und Flotten voran.

Am Schluß wird es für die deutsche Schiffahrt sein, die Verträge wieder auszuweisen, die ihr aus der notwendigen Verträge des Auswanderungsverkehrs erwachsen. Dieser Verträge der Schiffahrt war immer besonders lebhaft und lag für Deutschland hauptsächlich in der Hand des Norddeutschen Lloyd, der Dapag und der Hamburg-Elbinger-Lloyd. Rechnet man mit einer Auswanderung von 10 Millionen Europäern im Laufe der nächsten Jahre nach allen möglichen Ländern der Welt und mit einem durchschnittlichen Reiseausgabenpaßgenosse von 120 Dollars bei einem Kursstand der Mark von 1:60, so ergibt sich die runde Summe von 1,2 Milliarden Dollars gleich 72 Milliarden Papiermark nur an Passagierzinsen. In diesem Bombenverhältnis kann sich auch die deutsche Schiffahrt nur beteiligen, soweit sie mit amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften abgemachte Verträge, sowie abgemachte, gekaufte oder gecharterte Dampfer für eine Weltfahrt dazu geben. Wenn die deutschen Reedereien in diesem Gebiet der Schiffahrt allmählich wieder eindringen und sich einen neuen beherrschenden Platz darin erobern wollen, so werden sie besonders Gewicht auf die Behandlung und Unterbringung der Auswanderer legen müssen. Der Norddeutsche Lloyd war schon unmittelbar vor Ausbruch des Krieges mit gutem Beispiel vorangegegangen, indem er ein Passagierschiff als Auswandererschiff dritter Klasse auszurüsten half, das mit dem bisherigen Auswandererbestande ähnlich aufnahm und den Auswanderern eine in jeder Hinsicht einwandfreie Unterkunft und Verpflegung bot. Durch den Kriegsausbruch wurde das Schiff am 1. März seiner ersten Reise fähig, aber der Gedanke, daß es sich in diesem Gebiet nicht einbringen, sondern von den Dapag in ihrem mit amerikanischen Gesellschaften gemeinsamen betriebenen transatlantischen Verkehr wieder aufgenommen worden. Der „Mount Glasgow“, ehemals „Prinz Gustav Friedrich“, der vor einiger Zeit von Neapel in Hamburg eintraf, hat zum ersten Male den Auswanderern die Annehmlichkeiten einer von allen Annehmlichkeiten befreiten Reise geboten. Wasserquartiere und Kabinen sind hier mit allem Komfort ausgestattet. Die Mahlzeiten werden in besten, italienischen Eingekommen, die Kosten entsprechen nach Lage, Größe und Anzahl der Betten allen berechtigten sozialen Anforderungen und familiären Räume und Einrichtungen des Schiffes haben allen Passagieren unbeschränkt zur Verfügung. Damit ist ein ganz erheblicher Fortschritt in der überseeischen Passagierschiffahrt in die Wege geleitet worden, und dem deutschen sozialen Empfinden gerecht es zur Ehre, daß aus ihm die Anregung dazu hervorgegangen ist.

Wenn der Blick der Deutschen, die das Meer lieben, zunächst schweift, nicht er die alte, schöne, herrliche Gondolalotte empfinden, die so viele Wunderwerke der Schiffbaukunst in ihren Reihen hat, die transatlantischen Hochseeflotten, die in Nordfahrten sich das „blaue Band“ des Ozeans erlangen, die prächtigen Hochseeflotten auf den Linien nach Afrika, Ostasien und dem Südpol, die in aller Welt berühmten Fernverkehrsflotten, die ihre Fahrten nach allen Himmeln der Welt ausdehnen. Das alles müht heute an wie ein wunderbarer Traum, und es wird auch immer dauern, ehe auch nur ein bescheidenes Bruchteil der ehemaligen Seefahrt wieder zum Vorschein kommen kann. Der Anfang zur Aufwärtsentwicklung aber ist gemacht durch das Jahr vom Weltkrieg verbotene Reedereiabkommen und nun gilt es mit der ganzen Nation, die unteren Reederei eigen ist, auf diesem Wege weiterzubauen. Was Regierung, Flotten und Reichstag verbindet haben, ist nimmermehr eine Vereinigung einzelner, sondern eine Tat im Interesse der allgemeinen nationalen Wohlfahrt, ein Beweis des nationalen Willens, die deutsche Seefahrt mit allen Mitteln zu stärken. In diesem Sinne gewinnt das Abkommen gerade unmittelbar nach London eine besondere Bedeutung. Die deutsche Schiffahrt wird sich wieder aufwärts entwickeln mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes, weil ein großer Kultur- und Wirtschaftsvolk wie das deutsche ohne Seewasser nicht gedeihen kann.

Die Lage in Rußland.

Kopenhagen, 15. März. Ein Telegramm aus Petersburg besagt: Wie das finnische Notiz-Bureau aus Moskau erzählt, breitet sich die revolutionäre Bewegung auch aus. Die Kämpfe in Kronstadt und Peterburg haben in den letzten Tagen einen sehr heftigen Charakter angenommen. Die Sowjetregierung machte einen mühsamen Versuch, alle Offiziere von Moskau nach Peterburg zu kommandieren. Die Truppen weigerten sich, überhaupt an den Operationen gegen Kronstadt teilzunehmen. Nach bisher unbekanntem Bericht soll Kadnala Vorfa am Sonnabend zu den Revolutionären übergegangen sein.

Sankt Petersburg, 15. März. In der Umgegend von Odesa und in der Stadt selbst dauert seit drei Tagen eine heftige Schlacht zwischen den ukrainischen Aufständischen und der bolschewistischen Besatzung an. Die 11. rote Division hat sich den ukrainischen angeschlossen. Die ukrainischen vernichteten die Eisenbahnverbindungen zwischen Odesa und Wapniarka, aus welcher Richtung neue Hilfstruppen für die Bolschewisten anrücken.

Aus Reval wird gemeldet, daß die Flotte General Rudjennus im ganzen ungefähr 100.000 Mann zu den Revolutionären in Drel übergegangen sei.

Berlin, 15. März. Das Haus ist schwach besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung verließ Präsident Ebert eine Drangrede der Deutschen in Bismarcks, die die Abwehr der maßigen Forderungen der Entente vollkommen billigen und sich hinter der Reichserklärung setzen. (Beifall.) Die Aussprache wird beim

Reichsministerium des Innern

fortgesetzt. — **Präsident Ebert:** Die Redner der zweiten Redezeit sollen nur dreißig Minuten Redezeit haben. Es soll versucht werden, im Laufe der Woche die Hausdahlpläne für 1920/21 zu erledigen. Das ist nur möglich, wenn die Redner sich Einschränkungen auferlegen, wenn die Präzision in beschlußfähiger Anzahl anwesend sind und wenn der Geschäftsbetrieb auch sonst keine Schwierigkeiten gemacht werden. Wir wollen dann nach den Kriterien ohne die bisherige Debatte in gründlicher Weise an die gesetzgebenden Arbeiten herantreten, und wir wollen unsere Zeit so einrichten, daß die Abgeordneten auch ihren anderen Geschäften nachgeben können. (Beifall.) Die Plenararbeiten sollen dann täglich nur von 2 bis 6 Uhr stattfinden, und alle vierzehn Tage soll einmal ein Sonnabend und ein Montag tagungsfrei bleiben.

Abg. Hofmann-Pudwigshafen (Sentr.): Die Umwandlung der Redaktionsarbeiten in Reichsanstalten wäre der erste Weg zur Vereinfachung unserer Mittelstellen. Wir sind grundsätzlich gegen Reichsschulen. Religion ist eigentliches Verbot, da kann nur Dingen möglich sein, nicht aber positive Abminderung. Die Auslegung des Ministers begradigt die Religion zum Wahlfach.

Wir machen keine weiteren Schulkompromisse wie in Weimar.

Die Bemerkungen zur Schaffung einer Einheitskulturschule sollen wieder aufgenommen werden. — **Abg. Feuermann (D. Sp.):** Die Reform der Lehrerbildung ist die Vorbedingung der Einheitskultur. Dem Verlehrer muß die Hochschule offenstehen. Die Fortlassung des Verfallers Friedensvertrages beim Unterricht würde eine Lücke im Staatsbürgerlichen Unterricht bedeuten. Wir können das Ganze lehren, ganz lautlich, ohne jeden Vorkurs.

Staatssekretär Schulz: Der Reichsdienstausbau hat sich bereits bewährt. Die Förderung der Lehrerbildung ist immer noch an den Kosten geknüpft. Das Jugendwohlfahrtsgesetz soll noch möglichst vor Etern an den Dapagausbau kommen. Der Plan eines Reichsdienstamtes wird erwogen. Der erste Versuch, den einheitskulturellen Schulbau durchzuführen, ist nicht geklärt.

Abg. Wöhrlein (Unabh. Soz.): Dem Ministerium fehlt eine aus der Zeit heraus geborene Idee und die Entschlossenheit an ihrer Durchföhrung. Der Ausschuss der Föhrigen hehlt sich an den Vorreden der Verfassenden und an finanziellen Hindernissen. — **Abg. Stiefel (Dem.):** Wir wönschen eine Schule von wahrhaft nationaler Art. Die Wirkung der Föhrung an der Erziehung ist unbedingt notwendig. Wir brauchen eine Reichszentrale für Jugendwohlfahrt.

Auf Anfrage des Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt Reichsminister Koch: Die Reichsregierung weiß es recht von sich.

in Oberösterreich.

wenn die Abminderung erleidet und das Land deutsch sein wird, irgend eine Politik der Ruhe und Verfolgung zu treffen. (Beifall.) Die Reichsregierung untercheidet sich in ihrer Haltung außerordentlich von der, die Herr Korntan eingenommen hat, der heute bereits denjenigen, die sich für Deutschland einsetzt haben, Ruhe androht hat. (Fort hört.) Dieses Land soll wieder werden ein Land der Arbeit und des Friedens, in denen Deutsche und Polen friedlich und verträglich zusammen wohnen. Ich erkläre bereits heute feierlich, daß alles, der Verbesserung entgegenwirkende von uns zurückgewiesen werden wird. (Beifall.) Der Minister bedauerte dann, daß gewisse Maßnahmen in Bayern Einführung und Kurze hervorgerufen und als Unannehmlichkeiten angesehen werden. Es wäre besser, wenn die Länder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen, eine Erklärung abzugeben hätten. Da aber ein Verfassungsverstoß nicht vorliegt, kann gegen die Länder, die anders verfahren, nicht eingeschritten werden.

Abg. Fröhlich (Komm.): Die Erklärung des Ministers in der oberösterreichischen Bräse wird in der Bevölkerung Heftigkeit hervorrufen. Die alte Regierung hat die polnische Bevölkerung ausgedröngt. (Große Entrüstung rechts, Plat-Aufe.) Die Sozialdemokratie trage das Risiko an ihrer Stirn. Wir fordern die Arbeiterklassen zum Sturz der Regierung auf. — **Abg. Ledebour** richtet schwere Angriffe

gegen eine kommunistische Mörderzentrale. Ein Mann, der gekerkert ist, sei gedungen worden, ihn der Abgeordneten Ledebour, zu ermorden. Der Redner verliest eine Erklärung des betreffenden Mannes, in der er auch mehrere Angaben über die geheimen Organisationen macht. Ledebour fährt fort: Nach diesem Reiset ist der Ab-

geordnete Paule hier vor dem Reichstage erschossen worden. Der Mörder ist laufen gelassen worden, weil er angeblich nicht zurechnungsfähig war. Solche Drohungen sind nicht bloß mir, sondern auch Angehörigen anderer Parteien in Sachsen und Westfalen angegangen. In Gumburg ist Dittmann von Kommunisten niedergestiegen und mit Säulen geschlagen worden. So wurde ihm die kommunistische Überzeugung eingebläut. (Zuruf: Sie machen es auch so!) — **Abg. Weis (Komm.):** Auch ich habe Briefe erhalten wie Ledebour. Ich habe sie in den Papierkorb geworfen. Wenn Ledebour seine Andeutungen über die Mörder des Abgeordneten Paule anrecht erhält, dann nenne ich ihm einen lebenden Verleumdung. (Lärmender Widerspruch des Abg. Ledebour, aus dem wiederholt das Wort Paule zu verstehen ist.) — **Abg. Adolf Hoffmann (Komm.):** Der Mörder von Paule war gekerkert. Das man ihn nicht in das Zerkhaus geholt hat, mache ich der Justiz zum Vorwurf.

Damit schließt die Aussprache. — Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Schiffer (Dem.): Namens meiner politischen Freunde habe ich Verwahrung einzulegen gegen den Mißbrauch mit den letzten Stunden des Reichstages durch persönliche Auseinandersetzungen dieser Art. (Beifallige Zustimmung.)

Bei der Abkündigung

wird der Antrag Aderholt (Unabh.) die Entwaffnung und Auflösung der bairischen Einwohnerwehren schleunigt durchzuführen und dem Reichstag die Notwendigkeit vorzulegen, die zwischen der Reichs- und der bairischen Regierung geschickt worden sind, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten angenommen, da die bürgerlichen Parteien sehr schlecht vertreten sind. Der Antrag, einen Gesetzentwurf einzubringen zur Regelung des Verfahrens beim Volkenschießen, wird einstimmig angenommen, ebenso der Antrag auf Bestrafung der Schuldigen an der Verhaftung der Abg. Goldhorn und Schiele.

Abg. Aniel (Dem.) begründet dann eine Entschließung, in der schleunig Maßnahmen gefordert werden gegen alle den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand betreffenden Kommunalsteuerungen.

Mit den Kommunalsteuerungen ist man häufig so überhäuft vorgegangen, daß heute bereits wieder Einkommenssteuern erfolgen müssen. — Nachdem noch die Abg. Oetzl (U. Soz.) und Gaeumann (D. Sp.) das Amt und Bild des Antrages erörtert hatten, wurde die Entschließung gegen die Stimmen der drei sozialistischen Gruppen angenommen.

Abg. Halle (D. Nat.) brandmarkt empört die Vermilderung im Berliner Theaterleben,

die eine schwere Gefährdung der Volksgesundheit darstellt. — **Abg. Dr. Wöhrlein (U. Soz.)** behauptet, die von Herrn Halle geföhrten unethischen Zustände seien eine notwendige Begleiterscheinung der kapitalistischen Raubbauordnung. Nur die Sozialisierung des Theaters und des Films biete die Möglichkeit, eine Gesundung herbeizuföhren. — **Reichsminister des Innern Koch** sagt die Bekämpfung des Schmutzes, der sich in der Kunst breit macht, zu, wenn er auch für den Erfolg nicht garantieren könne. — Die Entschließung Dr. Schreiber (U. Soz.), die eine Denkschrift über die Maßnahmen zur Förderung planmäßiger Volksbildung anfordert, wird angenommen. — Auf Antrag Dr. Schreiber (U. Soz.) werden ferner 200.000 Mk. für eine pädagogische Ausstellung bei der Abteilung III des Ministeriums bewilligt.

Es werden nochmals Schulfragen zur Beratung gestellt. — **Abg. Dr. Föhrer (D. Sp.):** Gegen den Verfall der Schule im allgemeinen den Charakter einer weltlichen Schule unter Ausschaltung des Religionsunterrichtes zu geben, erheben wir Einspruch. Der Kern und Stern unserer Schulwesen ist und bleibt Religionsunterricht. Nur auf dem Boden einer echten Religiosität ist eine volkstümliche Erziehung möglich. — **Abg. Frau Rah (D. Sp.)** beantragt eine Entschließung auf Einführung der Schulpflicht in den Verfallter Friedensvertrag. Diese Einführung wird ihr Vaterlandsgelöbte fürchten.

Um 9 1/2 Uhr teilt Vizepräsident Dietrich mit, daß noch zwölf Redner zum Wort gemeldet sind. Eingegangen ist ein Antrag des Zentrums, wonach nicht Anmeldung zum Religionsunterricht, sondern Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen zu erfolgen habe, in denen die Eltern die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht nicht wünschen. Die Abstimmungen werden auf Mittwoch verlegt, da das Haus sich nahezu völlig geleert hat. — Auf der morgigen Tagesordnung steht der Etat des Reichsministeriums.

Die Osterferien des Reichstages.

Berlin, 15. März. Wie die „Deutsche Wk. Ztg.“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird der Reichstag voraussichtlich am 23. d. M. in die Osterferien gehen und am 12. April wieder zusammentreten. (W. Z. V.)

Die Entschädigungsansprüche der Reparationskommission.

Berlin, 15. März. Die von der Reparationskommission zusammengekauften Schadenersatzansprüche sind überreicht worden. Ihre genaue Höhe ist noch nicht zu bestimmen, da vielfach die Baluten gar nicht angegeben ist. Nach einer Schätzung würden sie die enorme Höhe von 180 Milliarden Goldmark erreichen. Viele der Ausmeldungen sind von der Reparationskommission gar nicht erst geprüft worden. Die nun zu Beachtenswerten angelegenen Reizen sind reichlich für. Die Reparationskommission hat zwei Jahre Zeit zur Aufstellung der Forderungen gehabt und jetzt sollen aus nur Anschließschriften von 1 bis 2 Wochen zur Verfügung stehen.

Paris, 15. März. Die Wiedergutmachungskommission stellt gestern eine Sitzung ab, worin der Bericht gefaßt wurde. Deutschland auszuföhren, den Artikel 135 des Versöhrer Vertrages zu erfüllen, der besagt, daß Deutschland bis zum 1. 8. 1921 20 Milliarden Goldmark zu zahlen hätte. Die allierten Sonderbehörden behaupten, daß es sich um einen Artium (?) handle, wenn Deutschland schaupte, bereits 21 Milliarden Goldmark gezahlt zu haben.

Amerika als Vermittler?

Washington, 14. März. (Wk. Tel.) Im Senat macht sich unter den jüngeren Reibler Parteien immer mehr die Überzeugung bemerkbar, daß Amerika sich dazu entschließen müsse, bei der Durchföhrung der Wiedergutmachungsregeln die Rolle des Vermittlers zwischen Deutschland und den alliierten Mächten zu übernehmen. Irgeandem Weg müßte entdeckt werden, um dem deutschen Wirtschaftlichen wieder auf die Füße zu helfen, während die bis jetztige Debatte um den Handel und Produktion noch immer weiter lahmgelegt.

Washington, 14. März. Nach einer Besprechung mit dem Präsidenten Harding teilte Senator Lodge heute mit, daß die Sendeübertragung des Kongresses zum 1. April einberufen werden wird.

Rücktritt des Privatsekretärs Lloyd Georges.

Paris, 15. März. Nach einer Londoner Mitteilung des „Daily Journal“ wird der Privatsekretär Lloyd Georges, Philipp Kerr, seinen Posten verlassen. Als Grund wird die letzte Haltung des englischen Premierministers gegenüber Deutschland angegeben. Es scheint, daß ihm keine Auffassung nicht geklärt, die gegen Deutschland betriebenen Zwangsmöglichkeiten zu billigen. (W. Z. V.)

Die Neuordnung der Einkommensteuer.

(Druckabdruck unter Berliner Schriftleitung) **Berlin, 15. März.** Der Steuerentwurf des Reichstages letzte heute die Beratung der Einkommensteuergesetzes fort. § 11, Ziffer 5 enthält folgende Fassung: Gewinne aus einzelnen Bezugsgegenständen, jedoch nur, sofern der Erwerb des veräußerten Gegenstandes zum Zwecke gewinnbringender Weiterveräußerung erfolgt ist (Spekulationsgewinn) und somit die Veräußerungsgewinne nicht innerhalb des Gewerbebetriebes des Steuerpflichtigen erfolgt sind, sind steuerpflichtig. Zu § 13, Ziffer 7, der den Abzug von Beiträgen an wissenschaftliche und kulturelle Vereine gestattet, wurde ein Antrag angenommen, der die Abzugshöhe hinaufsetzt, so daß bis zu 10 Prozent (statt 5 Prozent) des übrigen Einkommens in Abrechnung gebracht werden darf. An anderer Stelle wurde bestimmt, daß Abzüge für Lebensversicherungen abm. bis in Höhe von 1000 Mk. gemacht werden.

Ausweitung Stöckers aus Tscheden.

Prag, 15. März. Mütterlichen zufolge wurde der reichsdeutsche Kommunist Walter Stöcker, der als Delegierter der vereinigten deutschen Parteitage teilgenommen hatte, wegen staatsgefährlicher Taten aus dem Gebiet der Tscheko-slawischen Republik ausgewiesen.

England bleibt beim Beschlagnahmeverzicht.

Berlin, 15. März. Wie die Dresdner Post aus London erfährt, hat die Regierung im Parlament erklärt, daß sie eine Konfiskation des deutschen Eigentums, insbesondere der Bankguthaben, nicht beabsichtige, und daß ihr früherer Verzicht auf diese Rechte unter § 18 unberührt weiter bestehe. (W. Z. V.)

Abkündigung des montenegrinischen Kronprinzen.

Sau Remo, 15. März. (Teleant.) Prinz Danilo von Montenegro hat zugunsten des Prinzen Nikola, eines Sohnes des verstorbenen Prinzen Miko, abgedankt. Königin Milena, die Witwe König Nikolas, hat die vorläufige Regentschaft übernommen und eine Proklamation an das montenegrinische Volk gerichtet, in der sie erklärt, sie werde die Rechte der Montenegroer verteidigen. Praktisch hat die Abdankung des Kronprinzen und die Übernahme der Regentschaft durch die Witwe Nikolas keine Bedeutung, da Montenegro seit dem Herbst 1918 dem serbischen Staat angeschlossen worden ist. Inmehrin besteht in Montenegro noch eine starke Unabhängigkeitsbewegung, zu der das ehemalige Obersterhaus in Zagrebungen steht.

Arbeitslosenbeschreibungen in Weimar.

Ein Minister verlegt.

Weimar, 15. März. Während der heute vormittag abgehaltenen Sitzung des Landtages war ein großer wohlorganisierter Zug von Arbeitslosen aus allen großen Städten Thüringens demonstrierend vor das Landtagsgebäude. Nach Schluß der Sitzung des Landtages erschien ein Regierungsvertreter und teilte den Massen mit, daß der Wirtschaftsminister in Beratung mit einem Ausschuss der Arbeitslosen eingetreten sei und daß die Entscheidung über die Forderungen der Arbeitslosen um 3 Uhr vor dem Landtagsgebäude mitgeteilt werden würde. Inzwischen sollte sich der Zug nach Städten begeben, welche von der Stadt Weimar geschickt würde.

Die Regierung hatte inzwischen die Landespolizei auf Kraftwagen aus ganz Thüringen nach Weimar zusammengezogen. Im Laufe der Nachmittagstunden sammelten sich die Demonstranten wieder vor dem Landtagsgebäude. Die Stimmung war auf das Äußerste erregt, weil der versprochene Bescheid der Regierung noch fehlte. Die Regierung suchte zu verzögern, in dem sie den Leuten noch ein Abendbrot versprach. — Die Berichtshatterin der Pensionszentrale, ein Fräulein Petersohn, wurde an der Anklage ihres Berufes von den Demonstranten dadurch gehindert, daß die erregte Menge auf sie schreien und schimpfen begann. Einige junge Burken würgten sie sogar. Nur mit Mühe und Not konnte sie sich der Bedrängnis entziehen. Nach fruchtlosen Verhandlungen mit Minister Frölich drangen die Arbeitslosen in das Arbeitszimmer des Staatsministers Sanders ein und verletzten diesen. Das Besinden des Staatsministers ist jetzt gut.

Beide wird uns berichtet: Bei der um 6 Uhr abends auf dem Marktplatz vorgehaltenen Protestversammlung gegen das Vorgehen der Exekutive kam es zwischen den Demonstranten und den Versammelten zu Schlägereien. Um 7 Uhr forderte der Minister des Innern v. Brandenbuck die Staatspolizei zur Räumung des Marktplatzes auf. Die Räumung ist inzwischen erfolgt. Die Demonstranten wollen morgen weiter demonstrieren.

Rathenau über die Folgen von London.

Berlin, 15. März. In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft hat der Vorsitzende Dr. Walter Rathenau eine längere Rede gehalten, in der er u. a. ausführte: Daß die Verhandlungen in London gescheitert sind, ist bedauerlich, war aber voraussehbar. Die Vorbereitungen, die leinertig in Brüssel getroffen wurden, waren unzulänglich. Es ist in Brüssel nicht die Kernfrage des Problems zur Beratung gekommen, nämlich die Produktionsfähigkeit Deutschlands, basierend auf der Arbeitsstunde und der eigentlichen Leistungsfähigkeit des Landes, die immer nur Arbeit sein kann, sondern es ist in Brüssel erörtert worden, Geld, Papier, Anleihen, Steuern. Die Folge war, daß man sich in Paris festgelegt hat auf harte Zahlen, ohne der Leistungsfähigkeit des Landes Rechnung zu tragen, weil man sie nicht kannte. Ich glaube, daß ein Ausweg aus diesen Schwierigkeiten sich nur dann ergibt, wenn der ernste Wille besteht, die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu ermitteln, und Formeln zu finden, die beweglich sind, die nicht durch harte Zahlen ausgedrückt sind, sondern sich an die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens anpassen. Ich glaube, daß damit Hand in Hand gehen muß die Erkenntnis, daß Leistungen so ungeheurer Art ein internationales Problem bedeuten und daß nur internationale Operationen imstande sind, diese Aufgabe zu erfüllen. Aber diese Erkenntnis ist noch entfernt. Wir sind von Repräsentanten nicht nur bedrückt, sondern betroffen. Wir dürfen sie nicht unterschätzen; sie werden schwer auf uns lasten.

Ich glaube, daß wir diesen Operationen gegenüber hohes Ansehen sind, unsere Wirtschaft im Innern zu konsolidieren. Ich wünsche, daß unsere Regierung sich entschließt, den einzigen Weg zu beschreiten, der noch möglich ist. Dieser Weg besteht in der Entwerfung und Durchführung eines großen und einheitlichen Bauprogramms im Innern, das dazu dient, endgültig unsere Wohnungs- und Raumschwierigkeiten zu beseitigen, und ferner dazu dient, die unproduktive Arbeit des laufenden Apparates in produktive und schöpferische zu verwandeln. Ein Bauprogramm größten Umfangs würde unsere Gesamtwirtschaft wieder antreiben. Eine Leistung würde die andere mitziehen. So würden wir imstande sein, der Forderung der Arbeitslosigkeit im Innern zu entsprechen. Ein solches Bauprogramm wird sich nur durchführen lassen unter umfangreicher Heranziehung des Privatkapitals. Es müßten Erleichterungen gefunden werden, die hier nicht zu erörtern sind, die aber dazu beitragen, das Privatkapital neben dem erforderlichen Staatskapital zu interessieren und zu mobilisieren. Ein Bauprogramm, das sich lediglich auf Staatshilfe stützt, würde versagen. Es ist aber möglich, private Mittel im erforderlichen Umfang heranzuziehen wenn der Wille vorhanden ist.

Verliches und Sächsisches.

Die Reden der Landtagsabgeordneten in 30 Sitzungen

umfassen in den Amtlichen Mitteilungen 1308 Spalten. Davon entfallen auf:

	Spalten:	nach der Mitgliedszahl der Fraktionen durchschnitlich Spalten:
die Sozialdemokraten . . .	(27) 242 . . .	8 2/3
„ Deutschnationalen . . .	(20) 280 . . .	14
„ D. D. P.	(18) 225 . . .	12 1/2
„ U. S. P.	(13) 156 . . .	12
„ Kommunisten . . .	(9) 234 . . .	26
„ Demokraten . . .	(8) 159 . . .	19 1/2
des Zentrums . . .	(1) 13 . . .	13

Der Durchschnitt nach der Gesamtzahl der Mitglieder (90) würde sich auf 13 1/2 Spalten berechnen.

Haushalt und Wirtschaft.

Preisveränderung in der Stadt Dresden.
Am 26. März werden bei Voranmeldung bis 19. März 250 Gramm Korn und 100 Gramm Weizen in der Bekanntmachung enthaltenen Bestimmungen verteilt. Ausweise werden fünfzig nicht mehr gefordert.

Eine städtische Verkaufsstelle für Männeranzüge und Schuhwaren.
wird zur Kosthandverigerung heute, Mittwoch, im Ausschussgebäude, Eingang Rennstraße, eröffnet. Sogleich hört der Schuberkauf der Landesstelle für Textilwarenverwertung im Arsenal an Dresdner Elmschauer auf. In der städtischen Verkaufsstelle, die von 9 bis 4 Uhr geöffnet ist, gelangen gegen Vorlegung des Dresdener Einwohnerbescheinigung folgende Waren zum Verkauf: dreiteilige Männeranzüge zu 195 und 205 Mark, getreifte Männerhosen zu 75 und 110 Mark, Herrenstiefel zu 125, 148, 130 und 175 Mark, Damenstiefel zu 90, 110, 125 und 131,50 Mark, Damenhalschuhe zu 90 Mark, Burcheinstiefel zu 70, 90 und 115 Mark, und Kinderstiefel zu 25, 30, 40, 45 und 50 Mark.

Todesfälle. In der Nacht zum Montag starb hier nach langem Leiden der Oberjustizrat, Rechtsanwalt und Notar Dr. Max Hugo Gottschald. Der Verstorbene erkrankte sich einer ausgebreiteten Grippe; in Generalversammlung vieler Aktiengesellschaften war er protokollführender Notar, vermittelte ferner viele größere Konturte, wie er auch in großen Erbstatistiken und anderen Gebieten der Justizgerichtsbarkeit ein vielgeachteter Anwalt war. — Am heutigen Dienstag entschlief im Alter von 75 Jahren Dr. med. Rudolf Ludwig Müller in Blasewitz, Stabsarzt d. R. a. D. — In der Sonnabend-Nacht erlag in Frankfurt am Main einem Herzschlag Dr. phil. Adolf Klob aus Dresden, Mitteilhaber a. D., Ritter des Eisernen Kreuzes 2. Kl. und des Sachsen-Erlebnischen Hausordens 1. Kl. Der Verstorbene war der älteste Sohn des Sanitätsrats Klob hier.

Die Einverleibungsfrage steht auf der Tagesordnung der Sitzung der beiden städtischen Kollegien, die am Donnerstag abends 6 Uhr stattfindet. Nach der Einverleibung der 23 in Frage kommenden Ortsteile erhält die Stadt Dresden einen Flächenzuwachs von 316 Hektar, das sind 52,97 Prozent. Die Einwohnerzahl Dresdens mit Albertstadt, die 52925 beträgt, würde um 58649 steigen. Das Staatsbudget betrug in Dresden im Jahre 1915 26.620.000 Mk. in den einverleibenden 23 Vororten 2.792.000 Mk. Die Guthaben der Sparkasseneinlage beliefen sich in Dresden am 31. März 1920 auf 217 Millionen Mark, in den einverleibenden Vororten im Jahre 1919 auf 80 Millionen Mark.

Der Kreisaustrich Dresden des Deutschen Beamtenbundes legte am 12. März unter Vorsitz des Oberstadtssekretärs J. O. Weiß, Dresden, im Reichshaus der Bahnhofs. Der Geschäftsführer der Landesgruppe, Oberregierungssekretär Müller, Dresden, berichtete eingehend über die Frage der Ortsklasseneinteilung. Er betonte, daß seitens der Landesgruppe alles versucht worden sei, die sächsische Regierung zur Erfüllung der Wünsche der Beamtenbünde zu bewegen. Das sei aber reiflos nicht gelungen, weil dieser Regelung seitens des Reichsfinanzministeriums große Schwierigkeiten bereitet würden. Der sächsische Regierungsvorstoß zur Ortsklasseneinteilung gehe aber trotzdem teilweise über das hinaus, was das Reichsfinanzministerium erlaubt in Aussicht stellen zu können. Es könne sich deshalb bei den demnächst hierüber in Berlin stattfindenden Verhandlungen für die Beamtenvertreter nur darum handeln, für den sächsischen Regierungsvorstoß einzutreten. Einzel- und Sonderwünsche seien dort nicht zu vertreten, da sie sonst die Regelung dieser Frage in einer für Sachsen günstigen Weise gefährden würden. Der Kreisaustrich nahm hieron zustimmend Kenntnis. Als Vertreter für die Berliner Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium in der Frage der Ortsklasseneinteilung wurden genehmigt: Amtsdirektor Oberjustizrat Dr. Höpner, Weihen; Lehrer Dabant, Rabenau; Lehrer Röhls, Gröbzig; als Stellvertreter: Revierförster Ehrlich, Gottsdorf; Amtsdirektor Peter-Maune, Dippoldiswalde; Postver-

walter Müller, Gohmannsdorf. Die Wahlen erfolgten einstimmig. Weiter wurde von der Bildung eines Arbeitsausschusses der Provinzialbeamten Kenntnis genommen. Dazu ergab sich von diesem Ausschuss, daß er sich streng im Rahmen des Deutschen Beamtenbundes bewegt. Entsprechende Zusicherungen wurden gegeben. Mit Rücksicht darauf, daß die bisherigen beiden Vorsitzenden ihre Ämter niederlegen wollten, und Oberstadtssekretär J. O. Weiß, Dresden, den Wunsch nur interimistisch füllte, machte sich die Besetzung des Kreisvorsitzes notwendig. Gemählt wurden zum Vorsitzenden Oberstadtssekretär J. O. Weiß, Dresden, Gruna, Range Jelle 4, 1.; zum stellv. Vorsitzenden Postverwalter Müller, Gohmannsdorf; zum Schriftführer und Schatzmeister Stadtvorm. Assistent Erich Telleken, Dresden-Gruna, Range Jelle 8, 1. — Stadtdirektor Dresden 190 —; zu Stellvert. Lehrer Dabant, Rabenau; Herr Inspektor Frenzel, Weihen; Lehrer Weger, Ottendorf-Gröbzig; Bahnhofsvorsteher Dreher, Hiesla; Lehrer Gaus, Gröbzig; Oberpostsekretär Mische, Pirna; Oberjustizsekretär Mohr, Dauterbach, und Seminaroberlehrer Pflü, Rostau.

Gegen die Verstaatlichung des Bahnenwesens hat sich eine Anzahl beachtliche Vertreterinneuversammlung des Stadtverbandes der Dresdner Eisenbahnervereine nach Referaten der Landtagsabgeordneten Frau M. Müllermann und der Vorsitzenden des Bahnenvereins Fr. W. Hoffmann nach einer sehr lebhaften Aussprache, an der sich u. a. Landtagsabgeordnete Salinger, Stadtvorordnete Weismann, Dr. Töpfer, Fr. Czerwanz und Angehörige des Bahnenvereines beteiligten, mit folgender, einstimmig angenommener Entschließung auseinandergesetzt:

Die im Landtag der Dresdner Eisenbahnervereine zusammengefassten 125 Vereine lehnen eine Verstaatlichung der Bahnen ab und zwar aus folgenden Gründen: Einseitig ist die als Beamten oder auf Vertrag in Stadt- und Landbesitz angelegte Bahnen in ihrer Verantwortlichkeit beschränkt, was freilich den Bahnen einen großen Teil der Verantwortung entzieht, die sich erst nach und nach über die einwirkende Bedeutung dieses Verkehrsnetzes klar geworden sind, andererseits sind die Bahnen in der freien Wahl der von ihnen in Aussicht genommenen Bahnen behindert. Gegen eine solche Annahme erhebt sich der sächsische Eisenbahnerverein eine nähere Begründung nicht bedarf. Dagegen ziehen wir ein: 1. für das sächsische Eisenbahnenwesen von 10.000 Mio. 2. für das demnächst zu erwartende Aufwachsen nicht weidenschaftlicher Bahnen, einschließlich der Eisenbahnenbetriebe für eine ausreichende Versorgung der durch den Staat jeder Art in der Ausübung ihres Berufes zeitweise oder auf immer gehinderten Bahnen, 3. für die letzte Art der sächsischen Verkehrs-einteilung mit fester Wahl der Bahnen durch die Bahnen und freier Verantwortlichkeit der Bahnen, 4. für eine bessere Verwaltung und Weiterentwicklung der Bahnen, 5. für Teilnahme an den Kosten und in die Reichsverwaltung.

Im Gewerbeverein erfolgte am Montag zum 10. Mal die Versammlungsleiter, Prof. Dr. Deutlich, die traurige Pflicht, die Mitglieder von dem Hinscheiden eines langjährigen verdienten Verwaltungsratsmitgliedes und früheren stellvertretenden Vorsitzenden, des Herrn Ernst A. Drechsel, in Kenntnis zu setzen. In einem warmen Redner rühmte er den Verstorbenen als eine markige, charaktervolle Persönlichkeit, die 38 Jahre hindurch mit ganzem Herzen am Gewerbeverein teilgenommen und diesen bei festlichen Gelegenheiten des öfteren in gemütvollen Worten besungen habe. Durch einmütiges Erheben von den Plätzen wurde dem Toten Dank und Ehre bezogen. — Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß am nächsten Montag im Gewerbeverein auf Anregung des Gewerbeamten B. zu der Frage des Offenhaltens der Schaufenster an Sonntagen in gemeinsamer Beratung und Aussprache Stellung genommen werden soll. Ein Vortrag des Universitätsprofessors Geheimrat Dr. Brandenburg über „Die wirtschaftliche Lage des Reiches“ wird am 27. März im Rahmen der Tagesordnung der nächsten Sitzung. — Am ersten Hauptvortrag sprach sodann Prof. Dr. Renckel (Dresden) über „Die Seele der Rasse“. Das Problem der Seelenregungen der Rasse muß in unseren Tagen, wo der Einfluss der Gesamtheit des Volkes auf Gesetz und Verordnungen des Staates so groß und verantwortungsvoll geworden ist, besondere Beachtung verdienen. Mit diesem Problem beschäftigt sich die Volkskunde. Sie nicht anders als eine Seelenlehre der Volksgemeinschaft. An vielen praktischen Beispielen zeigte Redner, wie die Seele des Einzelnen beim Massenauftreten sich wandelt: Machtgefühl und Mut werden gestärkt, das Verantwortlichkeitsgefühl des Individuums dagegen wird in gleichem Maße herabgemindert. Durch Massenimpulse, die geschulte Redner auszuüben vermögen, wird häufig auf die Intellektuell getrübt und die Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigt. Diese Tatsache kann ebensowohl in einem wie in schlechtem Sinne ausgenutzt werden. Die Gefahr einer Verleumdung, die bis zum Verbrechen führt, ist groß, wie gerade viele Vorfälle der jüngsten Vergangenheit lehren. Siderlich besteht aber auch die Möglichkeit, die Seele der Rasse erheblich zu beeinflussen und zu guten, edlen und heldenhaften Taten anzuspornen. Auch dieses Wort wurde im Anschluss hieran über den Begriff und die Bildung der sogenannten öffentlichen Meinung gesprochen und dabei namentlich am Beispiele der Norddeutschen Presse — der Einfluss der Zeitungen auf die Seelenregung der Massen dargestellt. Notwendig sei vor allem, dem unheilvollen Einfluss einer Massenimpulse durch Stärkung des Verantwortlichkeitsgefühls in einzelnen Volksgenossen und durch ständtündliche Belehrungen entgegenzuarbeiten. Der bei

Mit. 127
Mittwoch, 18. März 1921
Sächsischer Beobachter
Seite 3

Kunst und Wissenschaft.

Dresden Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Der Troubadour“ (7); Schauspielhaus: „Der Widerspenstigen Zähmung“ (7); Albert-Theater: „Der Jongleur“ (7); Residenz-Theater: „Die Feile ins Märchenland“ (7); „Die schöne Helena“ (7); Zentral-Theater: „Wenn Liebe erwacht“ (7).

Reisende-Theater. Am Sonntag, den 20. d. M., wird hier „Das Dorf ohne Mord“ (Die schöne Helena) gegeben.

Veranstaltungen. Heute um 7 Uhr: Gesellschaft für Literatur und Kunst (Vortrag Walter). Neugierde Salon; Pantomime-Merzer, Logenhaus. Um 8 Uhr: Singschule; Konzert; Gewerbehaus; Klavierabend; Strauß; Palmengarten; Vortrag; Theater-Museum; Kaufmannschaft; Vortrag; Schönaich; Singschule; Chorverein; Singschule; Kreisliche; Singschule; Singschule; Singschule.

Die Gruppe Freiberg des Sächsischen Eisenbahnerbundes, dem gegenwärtig 14 Männer angehören, sind unter deren erkrankterweise auch Arbeitervereine zu finden sind, veranstaltete am Montag, den 14. März, im Zivil-Saal unter Leitung des Bürgermeisters und Organisten Adolf Paul ein Konzert, das ein besonders musikalisches Ereignis für die alte Bergstadt war. Sämtliche Ehre wurden auf dem diesjährigen Sängerkongress in Reudnitz wiederum auf sich gebracht. Jüngende Begleitung löste im besonderen der Männerchor mit Orchester von F. Schmidt aus: „Das deutsche Lied“. — Preischor für das diesjährige Sängerkongress. Die Massenchor wurden in allem auf freilich unterstützt von dem verklärten sächsischen Orchester. Als ausgezeichnete solistische Kraft war das Leipziger Vokal-Quartett gewonnen worden.

Kunstausstellung in Weihen. Aus Weihen wird uns geschrieben: Im Burglein, den schönen Ausschussräumen des Weihen Kunstvereins, ist vom 13. März bis 8. Mai eine Ausstellung von Werken dreier Weihen, an der Mannschaff tätiger Künstler zu sehen, eine Ausstellung, die weit mehr als nur lokales Interesse verdient. Die drei Weihen sind William Haring, Hugo Stein und Otto Eduard Voigt sind alle drei keine jugendlichen Stürmer und Dränger, keine kramphastigen Sucker nach gewalttätiger Originalität. Sie bilden keine neuen artistischen Mode und bringen keine sensationellen Kunstwerke, aber sie sind alle drei ehrliche, gewissenhafte Künstler und Männer, alle drei in erster Linie ganz vorzügliche Zeichner, alle drei erst rühmende Persönlichkeiten, die auf ihrem Wege bedacht und bedeutend fortgeschritten. Von den dreien bilden

Haring und Stein hauptsächlich Bildnisse und Landschaften, Voigt Blumenstücke und Tierstudien. Haring zeigt vor allem einige große Damenbildnisse von starker Betonung der Form und des Architekturtonischen im Bilde, dann Landschaften, Zeichnungen und Lithographien aus der Weihenabend, Solilo- und Meistertafel aus dem Jahre u. a. fünf Hälften, denen man ansieht, daß sie mitten im frommelhaften geschicht sind, und die zu den stärksten, christlichen Kriegsbildern gehören, die wir besitzen. Seine Landschaften sind immer groß und einfach gezeichnet und von starkem dramatischem Leben. Hugo Stein ist eine ganz andere, kritische Natur. Er zeigt sehr delikate gemalte Bildnisse von starkem Schmelz, Landschaften von intimer Wirkung und Stimmung und Kompositionen von lebendiger geistvoller Lustigkeit. Von Voigt endlich sind neben technisch vollendet dargestellten Blumenstücken eine Reihe Skizzenblätter mit meisterhaften Tierstudien ausgestellt. Besonders die ganz einfach mit Pinsel und Tusche hingeschriebenen Tierstudien sind von so scharfer Beobachtung und so edler Form, daß man an die feinsten japanischen Tierzeichnungen denkt. — Bedauerlich habe ich, in der Ausstellung nicht die neuesten fernostlichen Arbeiten der Künstler zu sehen, die ihr Werk sehr wesentlich abgerundet hätten. Ich sah in der Schauhalle der Manufaktur von allen dreien Arbeiten, Vasen, Teller, Schalen, durchweg in Plasmalerei, die mir eine große freundliche Heberhebung waren. Werke, über die man hoffentlich bald eingehender sprechen kann und muß, wenn sie der Öffentlichkeit zusammenfassend vorgestellt werden. Es handelt sich um Werke von so hohem eigenartigem Charakter, daß sie unbedingt den besten fernöstlichen Werken aller Zeiten gleichgestellt werden müssen. Sie werden den ersten Beweis erbringen, daß auch auf diesem Gebiete die Manufaktur nicht nur eine Vergangenheit, sondern auch eine starke künstlerische Zukunft hat.

Universität Leipzig. Der Assistent an der medizinischen Klinik (v. Strampell) der Landesuniversität Dr. med. Hans Günther erhielt die Venia legendi als Dozent der medizinischen Fakultät für das Fach der inneren Medizin.

Ein unverständlicher Reichstag. Aus Adm wird berichtet, daß dort beschlossene worden ist, das diesjährige niederrheinische Musikfest im Kölner Opernhaus infolge der scheinbaren politischen Lage ausfallen zu lassen. Dieser Beschluß ist im höchsten Grade zu bedauern. Musikfeste sind keine „Feste“ im gebrauchlichen Sinne des Wortes, zu denen wir allerdings scheinbar Veranlassung haben. Musikfeste sind kulturelle Anwesenheiten höherer

Art und gerade jetzt im besetzten Gebiet von nicht zu unterschätzendem propagandistischen Wert für das deutsche Volk. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Kölner Veranstaltung doch noch durchgeführt würde.

„Glazounow — Scriabine“ Ein deutscher Kunst- und Musikfreund schreibt uns: „Immer und immer wieder muß den Deutschen mit ihrer Ausländererei ins Gewissen geredet werden. Es ist zum Verzweifeln! Da lese ich eben wieder in den Konversationslexikonen dieser Woche in den Zeitungen, auf Plakaten, auf Programmen, daß Werke der russischen Komponisten „Glazounow“ und „Scriabine“ gespielt werden. Nicht gegen die Tatsache an sich will ich mich wenden. Das liegt auf einem anderen Blatt. Das deutsche Kunstempfinden, das nun einmal in seiner Wehrlosigkeit die ganze Welt durchleuchtet und warnen muß, mag sich, wenn es darüber die eigenen Landsleute nicht vermag, die doch Respektabel genug geschaffen haben und tagtäglich schaffen, am fremden Guten meinetwegen erfreuen, so viel es will. Nein, was mir jedesmal die Galle ins Blut treibt, wenn ich Namen wie die genannten lese, das ist ihre Schreibweise! Die ist nämlich — rein französisch! Die Männer heißen nämlich Glazounow und Scriabine — so und nicht anders schreiben sie sich auf russisch, so und nicht anders muß sie auch der Deutsche schreiben, wenn er sie richtig lesen und aussprechen will. Anders der Franzose. Der spricht bekanntlich ein u wie u aus, muß also, wenn er den russisch-deutschen Namen wieder geben will, ihn mit u wiedergeben. Eben so hat er für den weihen S-Rant bekanntlich das J. Er schreibt also, wenn er Glazounow lesen und sprechen will, Glazounow. Das er weiter einen Namen wie Scriabine vor sich, so wird er ihn in solcher Form in der letzten Silbe mit dem Nasal sprechen müssen, also Scriabina. Um also die wirkliche Aussprache darzustellen, muß er hinten ein e daranhängen. Können wir einen Deutschen aber denn nun diese französischen Transkriptionen für uns einführen? Wie soll denn der deutsche Leser überhaupt einen Namen wie Glazounow aussprechen, wenn er ihn nicht französisch liest? Wie gelangt es ihm zum Verzweifeln! Unverständlich war es noch, wenn gewisse russische Familien, die viel im Ausland trafen, ihren Namen auf französisch wiedergaben, um ihn so eine international richtige Aussprache ihres Namens zu sichern, wenn z. B. die bekannte russische Grafenfamilie Pustalitz auf ihren Visitenkarten Poustalitz schrieb. Aber über solche Allernachlässigkeiten sollte man doch jetzt in Kunst und Wissenschaft wirklich bei uns hinwegsehen. Also bitte, bitte, recht herzlich in Zukunft: Glazounow und Scriabine!“

Stellen-Markt

Stellung als... Tüchtige Vertreter(in)

Versicherungs-Zeitschriftenreisende

Versicherungs-Beamte

Beamten

Obermelker

Rittgerl, Meinersdorf

Leutehofmeister

Scholar-Gesuch

Wasserleitender Gärtner

herrschaftlichen Kutsher

Fräulein

Kinderfräulein

Berufliche Köchin

Pokorn

Glubenmädchen

Stütze

Wirtschaftsfräulein, 24-36 Jahre, perfekt in Kochen und allen häuslichen Arbeiten...

Weibliche Arbeitskräfte, Kauf u. Sauch, Zentral-Arbeitsnachweis

Bessere Stütze, Haus- oder Stubenmädchen, Scholarin

Hausmädchen, Oftermädchen, Chemaliger Feldwebel

Verwalter, Landwirt, Berufsländwirt

Landwirtschaft, Ein Gut, Berufslandwirt

Verwalter, Landwirt, Berufsländwirt

Verwalter, Landwirt, Berufsländwirt

Verwalter, Landwirt, Berufsländwirt

Verwalter, Landwirt, Berufsländwirt

Verwalter, Landwirt, Berufsländwirt

Verwalter, Landwirt, Berufsländwirt

Verwalter, Landwirt, Berufsländwirt

Verwalter, Landwirt, Berufsländwirt

Verwalter, Landwirt, Berufsländwirt

Verwalter, Landwirt, Berufsländwirt

Fleischerei-Grundstück

Spezialkonditorei, Kaffee- und Kakao-Grundstück

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Zu verkaufen

160 000 Mark, Auszuleihen 50 000 Mk.

15-20 000 Mk., 900 Mk.

Wer leiht, 65 000 Mark

Teilhhaber ev. Teilhaberin

Maschinenfabrik sucht zur Vergrößerung des Betriebes

ca. 30-50 000 Mark

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Wohnungen, Landhaus

Landhaus, erste Etage

Sächsischer Landtag.

37. Sitzung.
Dresden, den 15. März 1921.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. **Donath (D. Sp.)** über die Eingabe der Selbstverwaltungskörperschaften zu den

Bor-Kommissionen auf der Gewerkschaftswoche in Röhren. Der Bericht über die auf der Gewerkschaftswoche in Röhren abgehaltene Konferenz über die Entschädigungsansprüche für Kinder, die von einem mit Lungenerkrankung behafteten Elternteil angefaßt worden sind. Der Prüfungsausschuß hat beschlossen, die Eingabe der Regierung zur Kenntnisnahme zu überreichen.

Abg. **Veitold (D. N.)** ist der Meinung, daß ein Verbot der Besichtigung von Tieren, die die Tiere, die sie anderen angefaßt hätten, aus einem schon verstorbenen Besitzer herrühren. Seine Fraktion beantragt, die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu überreichen.

Ministerialdirektor Dr. v. **Hübel** teilt mit, daß sich an dem abschließenden Standpunkt der Regierung nichts geändert habe. Eine gesetzliche Verpflichtung bestehe für den Besichtigungsausschuß nicht, dem Antrage der Tiere beizutreten. Ein Verbot der Besichtigung könne bei der Vermeidung der Tiere zu verhindern. Die Besichtigung hätte zu vermeiden, die Tiere zu verhindern.

Abg. **Arns (Zos.)** bemerkt, die Selbstverwaltungskörperschaften hätten den Anspruch darauf, daß die Tiere, die sie anderen angefaßt hätten, aus einem schon verstorbenen Besitzer herrühren. Seine Fraktion beantragt, die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu überreichen.

Abg. **Schreiber (D. N.)** spricht im Sinne des Antrages seiner Fraktion. Wenn die Regierung den Wünschen der Petenten nicht nachkomme, würden diese den Nachschub beschließen. Dann würde der Staat eine viel höhere Summe aufwenden müssen.

Rothem der deutsch-nationale Antrag abgelehnt worden ist, wird dem Beschlusse des Prüfungsausschusses zugestimmt. Es folgt die erste Beratung des Entwurfes eines

Abänderungsantrages zum Reichsgesetz vom 23. April 1900. Der Entwurf soll durch Erhöhung der Gebühren für Amtshandlungen der Verwaltungsbehörden der allgemeinen Verordnungsverwaltung tragen.

Abg. **Hüniger (D. Sp.)** äußert, daß die Vorlage zu großen Erörterungen keinen Anlaß biete. Bei einzelnen Bestimmungen könne man aber die von der Regierung vorgeschlagene Höhe noch hinausschieben, besonders hinsichtlich der Gebühren für Landversteigerungen.

Die Vorlage geht an den Reichsausschuß. Die Kammer tritt dann in die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die

Errichtung eines Rindviehstalles für die Landwirtschaftsbetriebe des Reichsministeriums

ein. Ministerialdirektor Dr. v. **Hübel** eröffnet die Aussprache mit einer kurzen Begründung der Vorlage. Der Rindviehstall würde benötigt zur Beherrschung einzelner Viehbestände durch Viehhändler, Metzger usw.

Abg. **Donath (D. Sp.)** erklärt sich namens seiner Fraktion mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden und beantragt Ausschlußberatung.

Abg. **Glaß (Dem.)** tritt für den Betrieb von Viehhändlerbetrieben durch den Staat ein. Die Vorlage beruhe auf unzulässiger Annahme, als die Betriebe auf privatwirtschaftliche Grundlage gestellt werden sollten. Der Rindviehstall sei notwendig.

Abg. **Pfeiff (D. N.)** stimmt im Antrage seiner Fraktion der Vorlage grundsätzlich zu. Den Viehhändlerbetrieben steht der Betrieb im Prinzip offen. Die Vorlage beruhe auf unzulässiger Annahme, als die Betriebe auf privatwirtschaftliche Grundlage gestellt werden sollten. Der Rindviehstall sei notwendig.

Abg. **Schendor (Zos.)** hält die Aussprache für die Errichtung des Rindviehstalles nicht für unzulässig. Die Errichtung des Rindviehstalles sei notwendig.

Ministerpräsident **Vaß** bittet die Mitglieder des Hausausschusses A, bei der Beratung eine Rücksichtnahme auf die Interessen der Bauern zu nehmen. Die Vorlage sei wohl geeignet, eine Rentabilität zu erbringen, auch dadurch, daß die landlichen Anlagen sich noch in guten Händen befinden. Die Vorlage liege in sachkundigen Händen.

Abg. **Weimer (Komm.)** vertritt sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht viel von den Viehhändlerbetrieben. Da es sich aber um eine Zweckmäßigkeit handelt, stimme seine Fraktion der Uebernahme an dem Vorwurfe zu. Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Der Gesetzesentwurf über die **Trennung des Kirchen- und Schuldienstes des Volksschullehrers**

wird von dem **Kultusminister Fleißner**

begründet. Es gebe eine ganze Menge Lehrerstellen, mit denen eine Verrichtung für die Kirche zwangsabhängig verbunden sei. Nach der Reichsverfassung sei aber die Übernahme kirchlicher Verrichtungen der Willkür der Kirche unterworfen, also dürfe ein Zwang nicht ausgeübt werden. Die gesetzlichen Bestimmungen des Landes können daher mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehen. Es bleibe nun zu erwägen, was hiergegen zu geschehen habe. Mit Rücksicht auf die unzulässigen Zustände, die sich herausgebildet hätten, habe man nicht länger zusehen können, trotzdem die Mittel für die große Ausweitung der kirchlichen Verrichtungen für die Kirche und Staat immer noch nicht von der Reichsregierung herabgegeben worden seien. Es sei wiederholt in Berlin dringlich gemacht worden. Es habe sich herausgestellt, daß von kirchlicher Seite der Versuch gemacht werde, bei der Uebernahme solcher Stellen auf die Lehrer einen Druck auszuüben hinsichtlich der Erteilung des Religionsunterrichtes und ihrer Stellung zur Religion überhaupt. Daher sei es notwendig gewesen, von Landes wegen ein Gesetz zu erlassen, das die Unzulässigkeiten beseitige. Die Vorlage besage, daß der Lehrer nach wie vor kirchendienstverpflichtet könne unter der Voraussetzung, daß er die Genehmigung einhole und der Schulbetrieb nicht beeinträchtigt werde. Der Minister bittet um baldige Berücksichtigung der Vorlage.

Abg. **Arzt (Zos.)** begrüßt es, daß die Regierung trotz des Bedenkens der Reichskammer dieses Gebiet aus dem Komplex der Fragen über Trennung von Kirche und Staat herauszunehmen

wolle. Es liege ein reaktionäres Verhalten der Reichsregierung vor. Durch das Uebertragungsgebot sei der Lehrer frei geworden, der kirchendienstverpflichtet oder nicht.

Abg. **Greßmann (D. N.)** ist der Meinung, daß der Entwurf wohl auf der einen Seite unzulässige Entscheidungen beseitige, aber gleichzeitig andere Schwierigkeiten herbeiführe. Der Redner stimmt der Uebertragung an den Rechtsausschuß zu, bittet aber, daß die große kulturelle Aufgabe der Kirche nicht auf dem Grunde nicht beeinträchtigt werde. Er hoffe, daß auch das neue Schulgesetz der kirchlichen Ausbildung Rechnung trage.

Abg. **Dr. Herrmann (D. Sp.)** erklärt, daß sich keine Partei wohlwollend zur Vorlage stelle. Es spreche daraus ein verächtliches Gefühl, da den Lehrern die Genehmigung zum kirchendienst nicht verweigert werde. Doch dürfe den kirchendienstverpflichteten nicht die Pensionabilität des Einkommens aus dem kirchendienst genommen werden. Abg. **Wedel (Komm.)** stimmt im Namen seiner Fraktion dem Entwurfe zu und weist darauf hin, daß der kirchendienstverpflichtete kirchendienstverpflichtet habe. Die Pensionabilität des Einkommens aus dem kirchendienst zu erhalten sei eine Aufgabe der Kirche.

Abg. **Weimer (Komm.)** gibt zu, daß die Vorlage wenigstens ein Schritt sei auf dem Wege zur Trennung von Kirche und Staat, verheißt sich aber nicht, daß dieser Schritt nicht vom Wege abfahren und den kirchendienstverpflichteten die Schule verweigern könne, da der Lehrer zu Angehörigen gedrängt werden würde.

Abg. **Dr. Seifert (Dem.)** befragt verärgerte Anklagen des Redners. Es wäre richtiger gewesen, das Gesetz auf die Fälle zu beschränken, die unbedingt gelöst werden müssen, Wohnung und Pension der kirchendienstverpflichteten.

Abg. **Schlein (Komm.)** befragt es, daß das Gesetz so eilig gewesen sei und unterschreibe die Bedeutung des Vorwurfs.

Die Vorlage geht an den Reichsausschuß. Nach der Beratung der Abänderung des Stempelsteuergesetzes, die ohne Aussprache in zweiter Lesung erfolgt, berichtet Abg. **Dr. Reinhold (Dem.)** über die 12 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushalt für 1921, in dem 2 Millionen Mark als erste Rate gefordert werden für den

Ausbau des Elber-See-Raums.

Der Reichshausbauamt, diese Summe zu verwilligen und die Erteilung zu billigen, die am 16. November 1920 die künftige Konvention gemeinsam mit den anderen Regierungen, die für die Zubehöre des Mittelrandkanals einzuwirken sind, der Reichsregierung gegenüber abgegeben hat. Er fordert in dem Antrage die Regierung auf, sobald wie möglich mit den Arbeiten am Elber-See-Raum zu beginnen und zur schnelleren Fortführung der Arbeiten die produktiven Erwerbslosen zu verwenden.

Abg. **Hörner (Zos.)** bittet sich dem Antrage an, der darauf einstimmig angenommen wird.

Nächste Sitzung: Dinstag, den 16. März, nachmittags 1 Uhr. Tagesordnung: Kapitel des Nachtragsantrages; Entschädigung für ungetriebenes Vieh; Pfandbeschlüsse; Bauarbeiten.

Aus den Landtagsausschüssen.

Der Hausbauamt A berichtet über die Abgabe der 12 des Nachtrags an den Reichsausschuß. Der Ausschuss hat bisher angenommen, daß aus dem Staatshaushalt 20000 Reichsmark zum Ausbau des Elber-See-Raums abzugeben werden könnten. Inzwischen ist jedoch festgestellt, daß ein so großes Engagement angesichts der Finanzlage nicht möglich sei. Der Nachtragsentwurf sollte mit einem Betrag von 300 Millionen Mark ab. Schon jetzt läßt sich übersehen, daß der ursprüngliche Haushaltsplan für das nächste Jahr 200 Millionen Mark Ueberschuß aufweisen würde. Dabei seien eine Reihe neuer Belastungen des Staates und gar nicht in Aussicht genommen. A. B. die Berücksichtigung des Bedarfs an Arbeitslosen. Angesichts dieser Lage erklärte sich die Regierung nun bereit, 2000 Reichsmark in drei Stufen zum Zwecke von 170, bzw. 100, bzw. 200 Mark für den Reichsausschuß zu bewilligen.

Ein Amnestiegesetz.

Die Regierung hat dem Landtage einen Entwurf über den Entwurf eines Gesetzes, eine Amnestie für politische und einige andere Straftaten betreffend, vorgelegt.

§ 1 bestimmt: Personen, die bis zum 31. Dezember 1920 einschließlich Verurteilt gegen den Reichsstaat oder Verbrechen oder Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte bestraft waren, wird Straffreiheit gewährt. Straffrei sind auch 1. Handlungen, die bis zum gleichen Zeitpunkt im Zusammenhang mit solchen Straftaten, 2. Handlungen, die im Zusammenhang mit Unruhen unter dem Belagerungszustande im April 1919 oder mit den Unruhen in Chemnitz im August 1919 oder mit den Ruhr-Unruhen oder im Zusammenhang mit den am 9. November 1920 zur Erzielung von Arbeitsruhe veranstalteten Demonstrationen und 3. Verbrechen, die bis zum 31. Dezember 1920 einschließlich in öffentlichen Versammlungen oder in der Presse gegen Angehörige der Reichswehr oder der Landespolizei begangen worden sind, sofern diese Straftaten nicht vornehmlich auf Eigennutz oder sonstigen nicht-politischen Beweggründen beruhen. Von der Straffreiheit sind ausgeschlossen die in den §§ 211, 212, 213, 214 bis 217, 218, 219 bis 228, 231 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Handlungen.

§ 2. Soweit Straffreiheit gewährt ist, werden die von sachlichen Gerichten rechtskräftig erlassenen Strafen einschließlich der Nebenstrafen erlassen und Verfahren, die bei sachlichen Behörden anhängig sind oder noch anhängig werden, niederklagen. Als auf Einsetzung rechtskräftig erkannt worden, so behält es dabei sein Versehen.

Der Entwurf schlägt sich nach Inhalt und Wortlaut bis auf Abweichungen lediglich redaktioneller Art dem Antrage des Reichsausschusses an, wie er in der Sitzung des Reichsausschusses vom 2. Februar 1921 und in der Vollversammlung des Landtages vom 8. März 1921 angenommen worden ist.

Bermischtes.

Er mordung Talaat-Pascha.

Aus Berlin wird gemeldet: Am Dienstag vormittag war die Hardenbergstraße in Berlin der Schauplatz einer aufregenden Szene. Ein junger Mann verhielt einem des Weges kommenden älteren Herrn den Weg, trieb einen Revolver aus der Tasche und feuerte wortlos einige Schüsse auf ihn ab. Der Betroffene stieß einen Schrei aus und sank tot zu Boden. Der Attentäter warf die Waffe fort und verfluchte zu existieren; er wurde jedoch von Passanten eingeholt und der Polizei übergeben, nachdem man ihn zuvor daran verprägt hatte, daß ihm das Bewußtsein schwand. Nach den Papieren, die man bei ihm fand, handelt es sich um einen Studenten. Bei der Feststellung der Persönlichkeit des Ermordeten ergab sich, daß es der frühere türkische Großwesir Talaat-Pascha, der seit etwa zwei Jahren unter dem Pseudonym Ali Zaki-Ben in Berlin lebte, war, der diesem Anschlag zum Opfer fiel. Die Umstände der Tat sind vorläufig noch in Dunkel gehüllt.

Der neue Prozeß gegen den Hauptmann Kessel.

Die Verhandlung gegen Hauptmann v. Kessel, welcher zwei Herren vom schwedischen Justizministerium bei, die zuerst in Deutschland den Uebergang der Militärgerichtsbarkeit auf die bürgerlichen Gerichte hinderten. Vor Eintritt in die Vernehmung wurde von der Verteidigung die Rechtsfähigkeit dieses ganzen Verfahrens bestritten. „Der Angeklagte“, sagte der Verteidiger, „hat in einer Zeit, in der die öffentliche Sicherheit und Ordnung verlorengegangen war, auf einem exponierten Posten gestanden und sich dabei die politische Feindschaft wider sich zugezogen. Die Folge davon sei gewesen, daß dieses ganze Verfahren eine übertriebene politische Bedenken beigegeben worden sei. Man habe die Justiz dazu gezwungen, gegen v. Kessel besonders energisch vorzugehen. Zum Schluß erklärte der Verteidiger, daß der Angeklagte an einer Beratung über die Amnestiefrage kein Interesse mehr habe. Im Gegenteil habe er sich das größte Interesse daran, daß die Verhandlung stattfinden, damit sie die volle Aufmerksamkeit über sein Handeln bringe. Das Gericht nahm darauf den Antrag der Verteidigung zur Kenntnis und schritt zur Vernehmung des Angeklagten.

Wilder Streik der Berliner Rädertransportarbeiter.

Nach einer Traktandenuntersuchung unserer Berliner Schriftstellers sind am Dienstag morgen die Arbeiter, Fahrer und Räderträger in allen Berliner Rädertransportgeschäften in einen wilden Streik getreten. Seit mehr als zwei Jahren stehen in diesem Gewerbe Arbeiter und Arbeitgeber in fast ständigen Lohnverhandlungen. Letzte waren immer nur auf kurze Fristen abgeschlossen worden. Der Lohn betrug zuletzt für tägliche Arbeiter 25 Mk. pro Woche, für nicht-tägliche Arbeiter 45 Mk. pro Tag, was ein jährliches garantiertes Einkommen von 10000 Mk. betrug.

Einbruch einer Luftschiffhalle.

Aus Jüterbog wird gemeldet: Eine der beiden Luftschiffhallen bei Niedergerdorff ist nachmittags 12 Uhr während der Anwesenheitsarbeiten zusammengebrochen und zerbrach dabei bei beschäftigten Arbeiter unter sich. Zwei von diesen sind tot und sieben schwer verletzt. Die Ursache des Zusammenbruchs ist noch nicht festgestellt. Man nimmt an, daß im alten Lager Munitionssprengungen eine Bewegung der Erdoberfläche bewirkt und dadurch die Halle zum Einsturz gebracht haben.

Berurteilte Mordmörder.

Das Schwurgericht in Bochum verurteilte den Mechaniker Heinz Henckels aus Gelsenkirchen, den Arbeiter Alex Alex aus Bochum und den Schlosser Franz Heising aus Marl bei Knoll-Hausen zum Tode, ferner den Kaufmann August Henckels aus Gelsenkirchen zu 10 Jahren Zuchthaus. Die Angeklagten hatten am 21. August v. J. den Schenkenwagen der Jecher Emscherlippe in Erkenschwick, der eine Fahrgeldsumme von 1650 000 Reichsmark enthielt, geraubt und dabei drei Personen schwer verletzt und einen schwer verletzt.

Denkmalskämpfer.

In der Nacht zum Sonntag wurde, wie die „A. Z.“ aus Wien meldet, das Denkmal von Joseph Raina durch Mitglieder des rechten Armes zerstört. Raina ist als Hamlet dargestellt. Der von dem Denkmal abgeklagene Arm hält den Totenschädel und ist von den Verbrechern geraubt worden.

Die Berliner Frühjahrsmodenwoche.

Der Verband der deutschen Modedesigner veranlaßte anlässlich der Eröffnung der Frühjahrsmodenwoche einen Begrüßungsabend im Kaiserhof, Geheimrat Jessen, der Vorsitzende des Verbandes, begrüßte die Gäste des Auslands. Hierauf sprach Herrmann Freudenberg (in Firma Hermann Berlin) über die Ziele des Verbandes, der für die Deutsche Modenwoche künstlerische Durchführung der Arbeit und technische Vollendung wünscht. Weimer trat vom Reichswirtschaftsministerium ab namens des Reichs- und Staatsministeriums seinen Wünschen für die deutsche Modenindustrie Ausdruck, für die er zum Wohl und Gedeihen unseres Vaterlandes ein reiches Aufblühen erhofft. Überbürgermeister Borch sprach die Ueberzeugung aus, daß die Modenindustrie sich auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zeigen und gemeinsam mit den Centralen der Weltindustrie überwinden werde. Scheiner kommissarischer Reichsausschuß verhandelte in Vertretung des Präsidiums der Handelskammer dessen Wünsche für ein Gelingen der Modenwoche. Unter den anwesenden Gästen befanden sich viele Vertreter der ausländischen Presse, u. a. Vertreter der amerikanischen Handelskammern.

Wilde Eier in Holland.

An der holländischen Provinz Groningen sind die Eierpreise in den letzten Tagen auf 6 Cents das Stück gefallen.

Krupp in Südamerika?

Ein Bericht bespricht, wie die „A. Z.“ meldet, angebliche große Pläne der Krupp-Gruppe in Chile, die in Südamerika bedeutende Werke zu errichten beabsichtigt, um die hauptsächlichsten Rohstoffe, die Krupp vor dem Kriege nach den dortigen Staaten geliefert hatte, nunmehr an Ort und Stelle direkt anzufertigen.



aus-Neuerburg sagte vor zwölf Jahren der fremdtümelei auf dem Deutschen Zigaretten-Markt seine feinde an. m. B. Deutsche Qualitätsarbeit war seine Waffe; sie wurde der altert Unsitte bald zum Todesurteil. Als Erfolg zwölfjährigen Strebens können wir verkünden: Deutsche Art hat heute auch ihr Zigarettenfach Geltung, und Haus-Neuerburg - als der Vorkämpfer für Deutsches Wesen - wurde zur größten Zigarettenfabrik im Westen Deutschlands

WEIG-NIEDERLASSUNGEN DRESDEN-MERZIG



Kreis- und Stadtbanken.

Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankvereins...

Es ist neuerdings mehrfach in der Presse darauf hingewiesen worden, daß sich im deutschen Sparkassenwesen...

Die Verteilung des Reingewinns der Reichsbank für 1920.

Der Reichsbankrat hat dem Reichstag einen Bescheid über die Verteilung des Reingewinns der Reichsbank für 1920...

Frankfurter Börse vom 15. März. An der Abendbörse war zu Beginn eine ziemlich feste Stimmung...

Der Landwirtschaftliche Kreditverein Sachsen in Dresden gibt im Angelegenheit seine Stellung Nr. 192 bekannt.

Freiberger Bankverein Aktiengesellschaft, Freiberg i. S. In der 51. ordentlichen Hauptversammlung...

Deutsche Schiffspandbriefbank in Berlin. Die Gesellschaft verzeichnet im Jahre 1920 an Einnahmen und Umsatzen...

Wasserkraft Aktiengesellschaft, Dresden. Der Aufsichtsrat beschloß in seiner letzten Sitzung...

W. F. H. Aktiengesellschaft für Zigarettenfabrikation, Neudorf. Die Gesellschaft gibt im Angelegenheit ihre Vermögensübersicht...

Vorwerk & Co. Aktiengesellschaft, Gubenberg. Der Aufsichtsrat beschloß, einer auf den 7. April 1921...

Wassan-Werke A.G. in Vetsch. In der heutigen Aufsichtsratsversammlung wurde der Verkauf der Sächsischen Fabrik...

Maria Freier Nachfolger A.G. in Vetsch. Nach dem Bericht des Vorstands ist es gelungen, für das Geschäftsjahr...

Eine Aktiengesellschaft zur Verwertung des Joachimstaler Bodens. Die der 'Vogel' meldet, ist unter Mitwirkung der...

Leidensdewerkschlag. Württembergische Rentenbank 5 % H. 4 %...

Einige Aktiengesellschaft zur Verwertung des Joachimstaler Bodens. Die der 'Vogel' meldet...

von den hiesigen Kolonialwarenmärkten weißt und ein eigener Vertreter...

Superior 600 M., Wecca fair fermented 505 M., und Wecca Karant...

Wesere Deutsche vom 15. März. (Fortsetzung aus dem Vorabendblatt.) Schweiz 1071,40 Geld...

Dresdener Börse-Vorbericht vom 15. März. (Abseits vom Bankhaus Gellert & Hertzke, Dresden, Gellertstraße 14.)

Leipziger Kurse vom 15. März. (Regelmäßig Deutsche Kreditbank 167, Leipziger Bau- und Holzbank 146,50.)

Deutsche Metallmarkt vom 15. März. (Dritte Seite 10. in Markt.) Silber...

Dresdener Handelsregister. Eingetragen wurde: die Firma Georg Wetzelschmidt...

Verleinerregister. Eingetragen wurde: der Verein unter dem Namen: 'Verleinerchem. Angestellter d. Feld- u. Kompagnie...'...

Konfak. Nahrungsmittelwaren usw. Anherjähliche. Ingenieur Josef Riefler...

Wintelhausen die deutsche Weinbrandmarke. Kukirol beseitigt schnell sicher und schmerzlos Hühneraugen. BOLS-LIKÖRE GEN. VERTR. KARL REBER, LEIPZIG, KRÖNPRINZSTRASSE 10

Seite 10

1920

Billige Hosen-Woche

von Donnerstag den 17. März bis Donnerstag den 24. März.

Seht erst recht, nachdem durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen die Notwendigkeit der Stärkung des Binnenmarktes erwiesen ist, muß die Bedarfsdeckung breiterer Schichten unseres Volkes erstes Ziel unserer Wirtschaft sein. Durch einen abermaligen Preis-Abbau will ich den Einkauf desjenigen Kleidungsstückes, des Beinkleides, in dem offenbar der größte Bedarf vorliegt, ermöglichen. Ohne Rücksicht auf frühere Herabsetzungen, ohne Rücksicht auf die alten Einkaufspreise, nur mit Rücksicht auf die neue Wirtschaftslage, ermöglicht durch neue große Einkäufe zu ganz besonders niedrigen Preisen, stelle ich

mein gesamtes Hosen-Lager, über 2000 Stück, zum Sonderverkauf.

Preise der heutigen Marktlage: 65,- 75,- 95,- 105,- 115,- 150,- 175,- 225,- 260,- 290,- 350,- 390,-
 Preise der billigen Woche: 49,- 59,- 79,- 89,- 98,- 120,- 150,- 190,- 225,- 250,- 290,- 350,-

Dresden
 Ecke Weissenhausstraße

Heinrich Esders

Dresden
 Ecke Prager Straße

Mühlberg

Preiswerte Frühjahrskleider



Festbes Seidenkleid
 aus pa. marine Messaline, mit modernster Frisestickerei, in verschied. geschmackvollen Farben, sehr kleidsame Form. **998.-**
 Dasselbe in best. reinwoll. Popeline, marine weiß gestickt. **935.-**

Vornehmes Mantelkleid
 aus allerbestem reinwoll. Kammgarn, marine und und schwarz, mit absteig. l. mit Leberbesatz und Handstickerei, offen und geschlossen. **1250.-**

Jugendlich. Wollkleid
 aus reinwoll. Popeline, in 5 verschied. Farben, mit absteigender Seidenstepperei, auch zum Schließen. **588.-**
 Ähnliche Form, in allen modernen Waschtouren, von **275.-** an

Täglicher Eingang von Neuheiten in Sommerkleidern in den entzückendsten Stoffen u. Formen / Eigene Maßwerkstätten

Beachten Sie bitte meine Schaufenster Scheffelstraße

Wallstrasse • Webergasse
 Scheffelstrasse

Hermann Görlach
 Dürerstr. 44 Dresden-A. I. 14398



Stets preisgünstige
Rückladegelegenheiten

nach und von allen größeren Plätzen, insbesondere Berlin, Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Köln, Danzig, Düsseldorf, Ertart, Gleiwitz, Götting, Halle, Hamburg, Hannover, Kiel, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, München, Pilsen, Stettin, Stuttgart, Wiesbaden, Zittau, Zwickau.
Für Stadtmzüge ebenfalls
 billigste Preisstellung bei sorgfältigster Bedienung.

Zur Konfirmation! Gesangbücher

Schul- und Taschen-Ausgaben mit Goldschnitt in soliden modernen Einbänden

J. Bargou Söhne

Wilsdruffer Straße 54, am Postplatz

Nur 4 Tage, den 16., 17., 18. u. 19. März



Ein Ereignis für Dresden!

Meine Spezialmarken:

Persona à 100 Pf.

Esquisita „ 90 Pf.

Nr. 150 „ 70 Pf.

sind wieder eingetroffen.

Garantie: Allerfeinste Qualität!

Der Bezug obiger Zigarren gibt dem verwöhntesten Raucher Gewähr für vollkommenen Rauchgenuß.

Damals bis auch über die Vorkriegszeiten zum Einkauf.

W. Beutner, Zahngasse 3
 Zigarren-Importeur.

Konfirmanden
Uhren  **Schmuck**
 von M. 45.- an
 Glas-Uhren
 a. d. besten Fabrik
 größte Auswahl
 langjährig garant.
 Ketten-Groschen
 Ringe-Golliger-
 Ohrringe-Knopfe,
 größtes Spezial-
 haus am Platz.
Niesslein Altmarkt
 Ecke Schlossstr.

In jedes Haus gehört eine
Naumann-Nähmaschine
 Das Erzeugnis heimischer Industrie!
Karl Winkler, G.m.b.H.
 Hauptniederlage Seidel & Naumann
 Struvastraße 9 - König-Johann-Straße 19
 Reparaturen sachgemäß, prompt und billig.
 Ermäßigte Preise • Bestehterte Zahlungsbedingungen.

Möbeltransporte
Möbellagerungen u. Verpackungen
 Vermittlung von Tausch - Wohnungen für hier und auswärts
Dresdner Fuhrwesen-Gesellschaft (A.G.)
 Bauhner Straße 37 - Fernsprecher 25091

Dänischer Rahm

in Dosen 1/2 - 1/4 Liter netto, 0-10% Fett, effizienter als Kondensmilch, reines Rahm, ohne Zucker, ohne Salz, ohne Konservierungsstoffe.
 W. B. Bücking, Flensburg.

Damenbinden

schöner, prima gestreift, gelb, weiß, blau, in allen Größen.
Wittes Bandagenhaus
 Dresden-A., Bankstr. 17.

Klubsessel, Klubsessel, Klubsessel

in Holz- und Stoffarten zu bequemer herabgehenden Preisen.
Wilh. Bamberg
 Gröner Straße 18, I.
 Fernsprecher 25091